



Pressemitteilung

Kommunaler Landesverband kreisangehöriger Städte und Gemeinden

27.06.2017

Pressesprecherin:
Kristina Fabijancic-Müller
Telefon +49 711/22572-34
Mobil +49 160/97272863
kristina.fabijancic-mueller@gemeindetag-bw.de

Zumeldung des Gemeindetags zur Pressemitteilung des Staatsministeriums: „Ministerrat bringt Verbesserung des Polizeigesetzes und des Landverfassungsschutzgesetzes auf den Weg“ vom 27.06.2017

Subjektives Sicherheitsgefühl vor Ort muss gestärkt werden

Der Gemeindetag begrüßt die heutige Entscheidung des Kabinetts, den Kommunen im Land zu ermöglichen, den Alkoholkonsum an einschlägig bekannten öffentlichen Brennpunkten zu untersagen. „Die Verantwortlichen in unseren Städten und Gemeinden, aber auch unsere Bürgerinnen und Bürger, werden aufatmen. Endlich wurde eine langjährige kommunale Forderung aufgegriffen und man kann vor Ort dafür sorgen, dass der Belästigung der Bevölkerung durch Verschmutzung, Lärm und Pöbeleien als Folge von Trinkgelagen ein Riegel vorgeschoben wird“, kommentierte Gemeindetagspräsident Roger Kehle die Entscheidung der Landesregierung. Unverständlich findet er allerdings, dass im gleichen Zuge das nächtliche Alkoholverkaufsverbot aufgehoben wurde, denn die Erfahrungen mit dem Verkaufsverbot waren vor Ort positiv. „Viele hat gerade dieses Verbot wirksam daran gehindert, den Alkohol spontan an Ort und Stelle, draußen auf öffentlichen Plätzen, zu konsumieren.“

Der Gemeindetag unterstützt auch die beschlossenen Antiterrormaßnahmen der Landesregierung. „Es ist wichtig, dass Baden-Württembergs Sicherheitsbehörden die notwendigen Instrumente in die Hand bekommen, um unser Land noch sicherer zu machen. Ebenso wichtig ist aber, dass sich bei den Bürgerinnen und Bürgern wieder ein positives Sicherheitsgefühl einstellt“, so die Einschätzung des Gemeindetagspräsidenten.

Kehle bietet der Landesregierung deshalb erneut an, die Sicherheitspartnerschaft zwischen Land und Kommunen fortzusetzen. Der Gemeindetag hatte dem Land vorgeschlagen, kommunale Sicherheitskonferenzen zu den Themenbereichen „Schutz vor Einbruchskriminalität“, „Bedrohung durch islamistischen Terrorismus“ und „Bedrohung durch die Reichsbürgerbewegung“ durchzuführen. „Wir müssen die verunsicherte Bevölkerung mit

Hintergrundinformationen versorgen und die staatlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit erklären. Wenn man Hintergründe und Zusammenhänge kennt, fühlt man sich subjektiv sicherer.“ Außerdem könnte im Rahmen solcher Sicherheitskonferenzen jeder Einzelne für aufmerksames Verhalten und Schutzmaßnahmen im eigenen Umfeld sensibilisiert werden. „Wir gehen davon aus, dass das Innenministerium nach der Änderung des Polizeigesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes unsere Vorschläge aufgreift und wir mit den Sicherheitskonferenzen vor Ort starten können“, so Kehle.